

Unterschreibt Türler nicht, droht beim Bahnhofplatz eine Blockade

Im VBZ-Streit bleibt der Stadtrat hart, der Konflikt droht vollends zu eskalieren. Die Gewerkschaft VPOD konkretisiert nun ihre Kampfmassnahmen.

Von Stefan Häne

Zürich - Die Vereinbarung liegt vor. «Nun muss der Stadtrat sie nur noch unterschreiben», sagt Duri Beer von der Gewerkschaft VPOD. Zeit dafür hat er bis nächsten Donnerstag. Andres Türler (FDP), Vorsteher der Industriellen Betriebe, wird dieser Forderung jedoch nicht nachkommen. «Der Stadtrat verhandelt nicht einseitig mit dem VPOD», sagt Türlers Sprecherin Renata Huber. Er werde dem VPOD aber einen Antwortbrief schreiben. Inhaltliche Details nennt sie nicht.

Damit droht der Konflikt vollends zu eskalieren. Denn: «Unterschreibt der Stadtrat die Vereinbarung nicht, machen wir die Streikdrohung wahr», sagt Beer und konkretisiert die bislang vage formulierten Kampfmassnahmen: Hunderte von VBZ-Angestellten könnten die Gleise auf dem Bahnhofplatz blockieren oder morgens die Tram- und Busdepots versperren, sodass der öffentliche Verkehr nicht ins Rollen käme.

Zentraler Streitpunkt ist die Forderung nach einem Rahmen-Gesamtarbeitsvertrag für alle Transportunternehmen im Zürcher Verkehrsverbund (ZVV), analog etwa zu jenen im Gebiet des Tarifverbands Ostschweiz - als Sicherung gegen Lohndumping. Verkehrsbetriebe wie die VBZ sehen sich seit rund 15 Jahren von privaten Anbietern bedrängt, speziell bei der Vergabe regionaler Buslinien. Mit der geplanten Bahnreform 2 des Bundes dürfte sich diese

Entwicklung verschärfen. Mögliche Folgen haben sich bei den VBZ bereits gezeigt. In der Vergangenheit gingen zwölf Buslinien verloren, allein sechs zuletzt im Glattal. 2012 läuft die Konzession für sämtliche Buslinien der VBZ aus.

ZVV schaltet sich in Streit ein

Die Forderung nach einem GAV besteht seit 2002. Damals verhandelten die Gewerkschaften mit dem ZVV, eine Einigung kam nicht zustande. Seither wendet der ZVV freiwillig Mindeststandards an. Festgelegt hat er unter anderem den Mindestdurchschnittslohn (80 000) sowie die Wochenarbeitszeit (42 Stunden). «60-Stunden-Wochen oder Lohndumping, etwa durch ausländische Anbieter, lassen wir nicht zu», sagt ZVV-Sprecherin Beatrice Henes. Sie betont, der ZVV habe vor einem Jahr mit den Gewerkschaften, darunter dem VPOD, Gespräche geführt. Seither hätten sie von den Gewerkschaften nichts mehr gehört. Die Tür stehe aber nach wie vor offen.

Der VPOD will die Verhandlungen mit dem ZVV über einen GAV weiterführen, wie Beer versichert. Auf die Streikdrohung bei den VBZ habe dies jedoch keinen Einfluss. Der VPOD will via VBZ Druck aufbauen. Die VBZ würden im Kanton Zürich die Hälfte des Personals im öffentlichen Verkehr stellen, sagt Beer. «Fordern die VBZ einen GAV, hat das Signalcharakter.»

VPOD kritisiert Türlers Rolle

Eine bedeutende Rolle spielt der ZVV-Verkehrsrat, der von Regierungsrat Ernst Stocker (SVP) präsiert wird. Mit Türler stellt die Stadt Zürich einen Vertreter im neunköpfigen Gremium, das beim ZVV strategische Leitplanken setzt. Hier hakt der VPOD ein: Türler müsse sich im Verkehrsrat für einen GAV einsetzen, sagt Beer, fragt sich aber, welche Interessen der FDP-Politiker bislang vertreten habe. Der Grund für die Zweifel: Türler ist Verwaltungsrat bei den Verkehrsbetrieben Glattal (VBG). Beer kritisiert, die VBG hätten kein Interesse an einem GAV. SP-Kantonsrat Ruedi Lais, Vizepräsident des VBG-Verwaltungsrats, erwidert: Falls der ZVV einen GAV beschliesse, würden ihn die VBG übernehmen.

Dass Türler ein Doppelspiel betreibe, bestreitet dessen Sprecherin Huber. Türler habe wiederholt gesagt, ein GAV liege im Interesse der Stadt. Die anderen Anbieter im ZVV seien bei der Vergabe von Verkehrslinien Konkurrenten der VBZ. «Die Stadt ist also sehr daran interessiert, gleich lange Spiesse zu schaffen.» Im Übrigen, so Huber, werde Türler im Juni aus dem VBG-Verwaltungsrat zurücktreten. Die Planung der Glattalbahn sei abgeschlossen, Türler habe seine Arbeit als Mitglied des Ausschusses Infrastruktur erledigt. Unabhängig von Türlers Engagement ist offen, ob der ZVV-Verkehrsrat einen GAV guthiesse. Präsident Stocker äussert sich nicht dazu, solange der ZVV mit den Gewerkschaften verhandelt.

Arbeitsstreit

Das fordert das VBZ-Personal

- Die Gewerkschaft VPOD verlangt einen kantonalen Rahmen-Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für alle Transportunternehmen im Zürcher Verkehrsverbund (ZVV). Der GAV soll unter anderem minimale Durchschnittslöhne und Lohnzonen innerhalb des ZVV-Verbund-

gebiets definieren. Ebenso festlegen soll er eine maximale Arbeitszeit. Gemäss VPOD soll diese 40 Stunden pro Woche betragen, eine Stunde weniger als bei den VBZ heute.

- Die geltende 14-minütige Pausenpause für Tram- und Buschauffeure soll erhalten bleiben. Seine ursprüngliche Forde-

rung von 30 Minuten hat der VPOD inzwischen fallen gelassen.

- Die VBZ und die Personalverbände sollen eine paritätische Kommission bilden. Das Gremium soll Massnahmen erarbeiten, die das Betriebsklima verbessern. (sth)